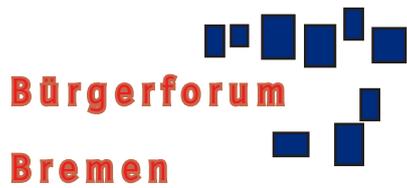


BIAB

Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt



BÜRGERFORUM BREMEN
- Abschlussbericht -



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abstract	3
----------	---

Projekt Bürgerforum

Ziel des Projekts	5
Methoden des Projekts Bürgerforum	6
Öffentlichkeitsarbeit des Projekts	7
Das Bürgerforum - ein low budget Projekt	7
Das Ergebnis: eine Schatztruhe	8
Die Schatztruhe - auf dem Weg vom Kopf auf die Füße	10
Rücklauf der Antworten	11
Bewertung der Stellungnahmen	11
Anmerkung zu einzelnen Vorschlägen/Verwaltungsstellungennahmen	13
Anmerkungen zu den Stellungnahmen der Ressorts	14
Abschließende Bemerkungen und Ausblick	21

Danksagung

Dank am Schluss	23
-----------------	----

Anlage

Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt	24
--------------------------------------	----

Abstract

Das Bürgerforum 2006 war ein Versuch der Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt (BIAB), Bürgerinnen und Bürger Bremens für die Entwicklung ihrer Stadt zu interessieren. Es ging darum, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentativität in einem guten Beispiel darzustellen, dass es sich lohnt, sich in die Entwicklung der Stadt einzumischen und Vorschläge zu machen, wie das im Einzelnen aussehen sollte. Des Weiteren ging es darum, Menschen auch zwischen den Wahlen an politischen Entscheidungen durch die Einbeziehung ihres Wissens und ihrer Erfahrungen zu beteiligen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung anzureichern. Und nicht zuletzt sollte auf diese Weise der wachsenden Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden.



Vorwiegend über Internet www.buergerforum.bremen.de sind in der Zeit von Mai bis Oktober 2006 insgesamt 293 Ideen eingereicht worden. 22 davon enthielten eher allgemeine Bemerkungen oder schienen nicht ganz ernst gemeint zu sein. Sie wurden daher – soweit möglich nach Information der Einsender/innen – nicht weiter verfolgt. Die verbleibenden 271 Ideen wurden dem Senat Mitte 2007 als Eingabe nach Art.115 der Bremischen Landesverfassung mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt. Sie führten am Ende in einem recht langwierigen Verfahren zu 297 Stellungnahmen der Senatsressorts und der Bremischen Bürgerschaft (Verwaltung). Im Ergebnis gab es 43 % zustimmende Stellungnahmen, die auch schon auf vollständige oder teilweise Umsetzungen verweisen konnten. 9 % der Stellungnahmen waren zustimmend, die Ideen konnten aber aus finanziellen Gründen (noch) nicht umgesetzt werden. In 15 % der Stellungnahmen wird eine weitere Prüfung der Verwaltung mit offenem Ergebnis signalisiert.

Damit lässt sich im Ergebnis feststellen, dass die Ideen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Bürgerforums 2006 überwiegend positiv aufgenommen wurden und dass ein beträchtlicher Teil von praktischer Umsetzung der Ideen zu verzeichnen ist. Damit sind wesentliche Ziele des Bürgerforums erreicht worden, dass es sich lohnt, sich in die Entwicklung der Stadt einzumischen und konkrete Vorschläge dafür zu machen.

Es hat sich allerdings auch gezeigt, dass solche Vorschläge in der Verwaltung in einem recht verhaltenen, langwierigen Verfahren aufgenommen werden. Darüber hinaus ist festzustellen, dass Bürgerbeteiligung als Prinzip zwar verbal unterstützt, nicht aber als eine wirklich für die Verwaltung nützliche Qualität eingeschätzt wird. So verwundert es nicht, dass Bürgerbeteiligung in der alltäglichen Verwaltung Bremens bisher eine nur untergeordnete Bedeutung erlangt hat.

Zusammenfassendes Fazit:

- 1.) Bürgerbeteiligung lohnt sich. Wer Vorschläge macht, darf mit einer relativ hohen Zustimmung der Verwaltung rechnen. Man muss aber einen langen Atem haben, bis es so weit ist.
- 2.) Bürgerbeteiligung muss erst noch zu einem notwendigen Teil eines Verwaltungsverfahrens gemacht werden. Dazu bedarf es einer entschiedenen, konsequenten Durchsetzungsbereitschaft des Senats, nicht zuletzt seines Präsidenten.
- 3.) Das System der „Ansprechpartner/innen für die Bürger“ in den Senatsressorts bedarf der Qualifizierung. Wer sich an diese Stellen wendet, muss in absehbarer Zeit in einem transparenten Verfahren mit einer qualifizierten Antwort rechnen können.
- 4.) Das Internet ist ein notwendiges, aber nicht hinreichendes Mittel der Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung ist vielmehr in vielen Formen nebeneinander notwendig. Bürgerbeteiligung über Internet bedarf einer offensiven Werbung, soll es nicht nur ein Zugang für relativ wenige findige Menschen bleiben.

Ziele des Projekts

Wer Visionen hat, soll bekanntlich zum Arzt gehen – so ehemals Helmut Schmidt. Und wohin geht, wer die Vision hat, dass Politik auch anders sein könnte, nämlich transparent und kreativ, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern?

In Bremen gibt es dazu eine Adresse, nämlich die Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt (BIAB), ein Zusammenschluss vieler Institutionen – von Arbeitnehmerkammer über VHS bis ZGF-, die sich für die Idee des bürgerschaftlichen Engagements einsetzen. Die BIAB initiierte und organisierte im Jahr 2006 das Projekt BÜRGERFORUM BREMEN mit dem Ziel, bürgerschaftliches Engagement in die Politik und Verwaltung von Bremen einzubringen. Die Grundidee des Projekts war, Bürgerinnen und Bürger als Experten für Lebensqualität zu Wort kommen zu lassen und sie zu ermutigen, dass es sich lohnt sich einzumischen. Max Frisch: Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.

Bürger und Bürgerinnen sind keine Polit-Profis, aber Profis in Sachen Lebensbewältigung und Zukunftsgestaltung – durch ihren Beruf, durch die Mitarbeit in Vereinen und Initiativen, durch die Erziehung und Bildung ihrer Kinder und die Organisation von Familie und Nachbarschaft. Kluge und findige Lösungen von Problemen helfen den Alltag vernünftig zu organisieren und Neues möglich zu machen. Dieses Expertentum wollte das Bürgerforum mobilisieren: Bürgerinnen und Bürger entwickeln Ideen und Vorschläge, wie sich diese Stadt positiv weiterentwickeln kann – im Zentrum und in den Stadtteilen, in Kitas und Schulen, in Bibliotheken, Theatern, anderen Kultureinrichtungen, in Krankenhäusern und Altenheimen usw.

Die Vorschläge und Ideen konnten von einer einfachen Optimierung bestehender Praxis bis hin zu neuen Projekten, Kooperationen und Formen bürgerschaftlichen Engagements gehen. Damit die Vorschläge und Ideen tatsächlich ein Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sein konnten, sollten sie möglichst durchdacht sein, kreativ und am Gemeinwohl orientiert. Dabei sollten sie auf Synergieeffekte, Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit bedacht sein. Denn niemand kommt an der aktuellen Finanzschwäche Bremens vorbei.

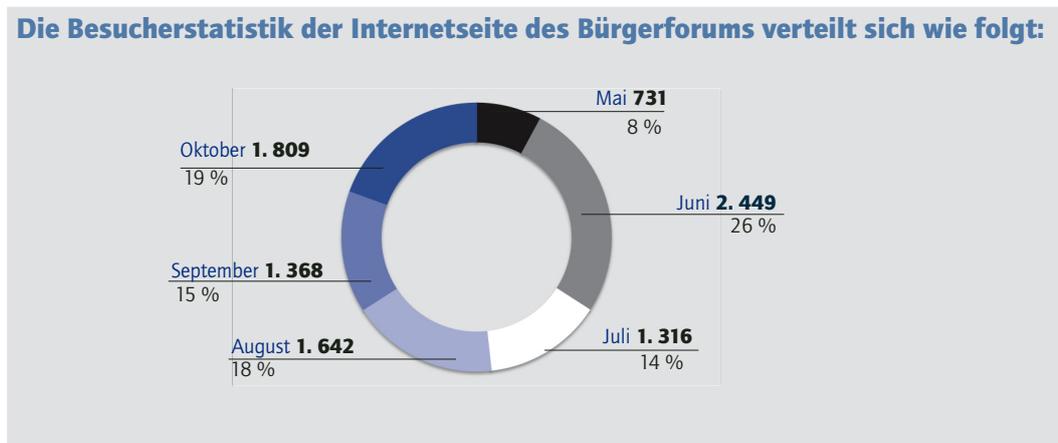
Das Bürgerforum sollte die Idee des bürgerschaftlichen Engagements, der aktiven Bürgerstadt in schwierigen Zeiten konkretisieren und praktisch umsetzen helfen. Es sollte auch ein Beispiel dafür sein, mit neuen Formen unmittelbarer Demokratie das gegebene System der repräsentativen Demokratie anzureichern. Bürgerinnen und Bürger sollten darin bestärkt werden, dass es sich lohnt, „ihren Staat und ihre Stadt zu machen“. Ein hoher Anspruch – und wie sah die Praxis aus ?

Methoden des Projekts Bürgerforum

Für die Beteiligung beim Bürgerforum gab es zunächst einen Flyer, der über die Ziele informierte, Kontaktmöglichkeiten nannte, aber auch eine Antwortmöglichkeit beinhaltete, um einen Vorschlag postalisch zu übermitteln. Der Flyer mit einer Auflagenhöhe von 9.000 Exemplaren warb mit: „Ja, wir brauchen neue Ideen für eine lebenswerte Stadt“. Auf einer Seite des Flyers konnten Ideen aufgeschrieben und ausgefüllt an das Bürgerforum geschickt werden. Der Verteiler für den Flyer umfasste rund 100 Auslagestellen (u. a. Bürgerhäuser, Ortsämter, Stadtbibliothek, Krankenkassen, Kinos, Theater, etc.). Außerdem verwiesen verschiedene Websites mit einem Link auf das Bürgerforum Bremen.

Zentrales Element war die Internetseite www.buergerforum.bremen.de des Bürgerforums. Hier konnten Bürgerinnen und Bürger ihren Vorschlag direkt eingeben. Auch gab es die Möglichkeit, alle eingegangenen Vorschläge in der Ideensammlung zu lesen. Zudem enthielt die Internetseite verschiedene Rubriken, die Auskunft über das Projekt geben. Beispielsweise wurden die BIAB und die Philosophie des Bürgerforums vorgestellt, Presseberichte aufgeführt oder auf Aktuelles und auf anstehende Termine hingewiesen.

Die Internetseite des Bürgerforums verzeichnete in der Phase, in der Vorschläge unterbreitet werden konnten, 9315 Besuche, verteilt wie folgt:



Für die anfallenden Arbeiten, die aus der Einrichtung des Forums resultierten, wurde ein Büro eingerichtet. Darüber hinaus wurde durch Sitzungen und Arbeitsgruppen innerhalb der BIAB die Vorgehensweise beschlossen und koordiniert.

Öffentlichkeitsarbeit des Projekts

Eröffnungsveranstaltung

Die Auftaktveranstaltung für das Bürgerforum Bremen fand am 29.05.2006 im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer statt. Rund 100 interessierte Bürger und Bürgerinnen haben daran teilgenommen. Nach einer Vorstellung der „Vision“ „Bürgerbeteiligung“ durch die Initiatoren des Projekts wurden gute Beispiele von Bürgerbeteiligungsprojekten präsentiert: Joachim Barloschky stellte das WIN-Projekt vor, das in Osterholz-Tenever durchgeführt wird. Robert Bücking vom Ortsamt Mitte stellte das Bürgerbeteiligungs-Projekt Stadionbad vor und Prof.Dr. Klaus Wermker, Leiter des Büros für Stadtentwicklung der Stadt Essen, gab Aufschluss über die Instrumente und Bausteine einer Bürgerkommune. Moderiert wurde die Veranstaltung von Pago Balke, der komödiantisch als Traute Backhaus von der Pago Tours GmbH durch das Programm führte.

Presseberichte

Der Weser-Kurier berichtete wiederholt über das Bürgerforum Bremen. Am 22.05.2006 unter der Überschrift „Alternativen zum Jammern und Wehklagen“ wurde das Projekt vorgestellt und die Eröffnungsveranstaltung angekündigt. Es folgten vier größere Berichte: am 27.05.2006 („Die Kassen sind leer – jetzt sollen sich Bürger engagieren“), am 31.05.2006 („Bremer sollen Politikern ihre Wünsche vermitteln“), am 11.08.2006 („Anregung: Rhododendronpark als Stiftung“), am 21.11.2006 („Bremer Wunschpaket geht an die Politik“) und diverse Kurzmeldungen. Die taz befasste sich ebenfalls mit dem Bürgerforum und betitelte den Artikel mit „Ein Zoo und 292 weitere Ideen“. Auch der Weser Report befasste sich am 27.08.2006 mit dem Thema Bürgerforum und veröffentlichte unter der Überschrift „Hopfen und Malz nicht verloren“ ein Interview mit Dr. Hans-Christoph Hoppensack. Ferner wurde in der BLV-Wochenzeitung das Bürgerforum vorgestellt.

In der AOK-Mitgliederzeitschrift und in der Arbeitnehmerkammer-Zeitung BAM erschien ein Informationstext zum Bürgerforum, mit der Aufforderung, sich aktiv am Bürgerforum zu beteiligen. Eine erste Zwischenbilanz zum Ende der Teilnahmefrist im November 2006 brachte eine große Resonanz in Radio Bremen Hörfunk und -TV und den regionalen Printmedien, die noch einmal die Bedeutung des Themas bürgerschaftliches Engagement herausstellte.

Das Bürgerforum – ein low budget-Projekt

Die wesentlichen Arbeiten für die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerforums wurden durch einzelne Mitarbeiter/innen der BIAB, namentlich durch die Geschäftsführung ehrenamtlich erledigt.

Die Bürgerstiftung Bremen hat insbesondere für die Programmierung des Internetauftritts und für die Werbung bei www.bremen.de sowie für andere Werbemaßnahmen bis Ende 2006 rd. EUR 3600 ausgegeben. Die Arbeitnehmerkammer hat im Rahmen ihres Haushalts die Eröffnungsveranstaltung sowie die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt bestritten. Das Projektbüro bei der Bürgerstiftung Bremen war über einen sog. Injob (Bagis, BAG) besetzt.

Die Ergebnisse: eine Schatztruhe

Wer erwartet hatte, das Projekt Bürgerforum würde eine Massenbewegung auslösen, musste enttäuscht sein: 293 Vorschläge gingen ein in dem Zeitraum 29. Mai bis 15. Oktober 2006, weitgehend über das Internet. 22 Eingaben erwiesen sich als nicht ernst gemeint oder enthielten lediglich allgemeine Anmerkungen und/oder keinen auf Bremen bezogenen Vorschlag. Soweit die Einsender/innen erreichbar waren, wurden sie informiert, dass die Zuschrift nicht übernommen wird.

Zu welchen Politikbereichen wurden Ideen geäußert:

Politikbereiche	absolut	in %	
Verschiedenes	9	3,3 %	
Gesundheit	13	4,8 %	
Finanzen	18	6,6 %	
Kultur, Sport und Freizeit	19	7,0 %	
Schulen, Hochschulen und Bildung	19	7,0 %	
Soziales, Kinder und Jugend	19	7,0 %	
Bürgerbeteiligung und Demokratische Kultur	25	9,2 %	
Verwaltung und Soziale Infrastruktur	25	9,2 %	
Bau, Umwelt und Stadtbild	34	12,5 %	
Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	36	13,3 %	
Verkehr	54	19,9 %	
Gesamtergebnis	271	100 %	

Die „Schatztruhe der Bürgerbeteiligung“, wurde am 13.02.06 in einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung im Haus der Bürgerschaft dem Präsidenten Christian Weber, der auch Schirmherr des Projekts war, übergeben.

Um die öffentliche Wirkung zu erhöhen, war eine Jury gebeten worden, 5 besonders bemerkenswerte Vorschläge auszuwählen. Die Jury bestand aus:

Gisela Hülsbergen (1. Vorsitzende des Bremer Frauenausschusses), Dr. Gerhard Jastram (Direktor a.D. Akademie Sankelmark), Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (Universität Hamburg), Katrin Rabus (Galeristin, Expertin für zeitgenössische Kunst) und Peter Voith (Ressortchef Lokales beim Weser Kurier).

Aufgabe der Jury war es, solche Vorschläge auszuwählen, die die Intention des Projekts (Kreativität, Alltagstauglichkeit, sozialer Zusammenhalt, Übertragbarkeit, Nachhaltigkeit, Bürgerbeteiligung) in der öffentlichen Präsentation besonders gut verdeutlichen können. Das Ergebnis:

Vorschlag 39: Einholung von Bürgergutachten vor Großprojekten

Herr Dr. Karl Bronke schlägt vor, dass vor dem Beschluss von Großprojekten Bürgergutachten eingeholt werden. Durch ein Zufallsverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger befassen sich unter Beteiligung von Experten im Rahmen einer sog. „Planungszelle“ mit einer vorgegebenen Fragestellung. Es kommen dadurch neue Sichtweisen und Ideen zum Tragen, und das ganze Vorhaben wird – wenn es befürwortet wird – auch von einer höheren Akzeptanz getragen.

Vorschlag 52: Betreuung für (Grund)Schulkinder in den Ferien

Frau Corinna Lüdemann regt die Einrichtung einer regelmäßigen Ferienbetreuung für (Grund)Schulkinder an, da berufstätige Eltern organisatorisch große Probleme haben, insgesamt 12 Wochen Ferien zu überbrücken. Auch gibt sie zu bedenken, dass viele Eltern während der Schulzeit keinen Hortplatz benötigen, diesen aber nur beantragen, damit die Kinder in den Ferien betreut werden. Diese unnötige Belegung von Hortplätzen könnte durch ein besseres Angebot vermieden werden.

Vorschlag 215: Einrichtung eines Internetforums zum Thema Verkehr

Aufgrund der zahlreichen und konstruktiven Ideen zum Thema Verkehr im Bürgerforum, schlägt Dr. Karl Bronke vor, dass zu diesem Themenbereich ein Internetforum, gestützt durch die Printmedien, eingerichtet wird, bei dem der Bausenator bzw. das zuständige Amt auf jede einzelne Anregung antwortet und über die Umsetzung berichtet.

Vorschlag 247: Einrichtung eines Fahr- und Anrufservices für Senioren und Seniorinnen

Das Bürgerhaus Weserterrassen möchte einen Fahrservice für Senioren und Seniorinnen einrichten, der sie nach Bedarf von zu Hause abholt und sie zu kulturellen Veranstaltungen ins Bürgerhaus fährt. Zudem soll ein Senioren- und Seniorinnen-Telefon eingerichtet werden, wo sie zu festen Terminen anrufen können bzw. angerufen werden. Ziel ist es, Senioren und Seniorinnen, die aus den verschiedensten Gründen zunehmend isoliert leben, wieder die Möglichkeit zu geben, soziale Kontakte zu pflegen, Ansprechpartner/innen zu finden und am kulturellen Leben teilzuhaben

Vorschlag 290: Die Gründung einer neuen Form von Schulcafeteria

Ein Vorschlag von Frau Songül Orucoglu und Frau Fetiye Kaplan: Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von Ganztagschulen in Bremen und der noch nicht ausreichend geschaffenen Voraussetzungen hinsichtlich der Verpflegung der Schüler/innen und dem ausgefüllten Nachmittagsprogramm aus pädagogischer Sicht entstand unter anderem die Idee zur Gründung einer neuen Form von Schulcafeteria. Eine Idee getragen vom bezeichnenden Namen Projekteria™ soll einerseits dabei behilflich sein, dem Wert einer gesunden Ernährung durch gesundes Essen für Schüler/innen eine neue Bedeutung beizumessen, andererseits Projektideen von Schüler/innen mit Hilfe von schulexternen Pädagoginnen und Pädagogen zu entwickeln. Die Raumgestaltung der Projekteria™ soll sich an städtischen Cafes orientieren und gleichzeitig projektspezifischen Anforderungen genügen. Die Projekteria™ soll Schüler/innen inspirieren und ermutigen, Eigeninitiative mit pädagogischer Hilfestellung zu ergreifen.

Die Schatztruhe – auf dem Weg vom Kopf auf die Füße

Nach der Übergabe der Schatztruhe an den Präsidenten der Bürgerschaft wurden die Fraktionen der Bürgerschaft Anfang 2007 über den Eingang informiert und hatten die Gelegenheit, sich die Vorschläge anzusehen. Inwieweit davon Gebrauch gemacht wurde, ist nicht bekannt.

Das gesamte Paket der 271 Ideen bzw. Vorschläge wurde des Weiteren dem Senat im Frühjahr 2007 als Eingabe nach Art.115 der Bremischen Landesverfassung vorgelegt. In der Folge wurden alle Vorschläge Dank der engagierten Mithilfe der Senatskanzlei den zuständigen Ressorts zugeordnet, teilweise auch mehreren Ressorts. Bürgermeister Jens Böhrnsen hat zu Beginn des Sommers 2007 in einem Anschreiben seine Senatsmitglieder gebeten, in ihren Ressorts um eine sorgfältige Beantwortung bemüht zu sein. 8 Vorschläge, die sich auch nach Meinung verschiedener Senatsressorts vorwiegend an die Verwaltung der Bürgerschaft bzw. das Parlament richten, wurden erst Anfang Juli 2008 nach Eingang aller Verwaltungsantworten der Bremischen Bürgerschaft mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet.

Im Zuge der Auswertung haben sich BIAB-Arbeitsgruppen gebildet, die durch ihr persönliches Engagement und Interesse zur Beantwortung und Umsetzung der Ideen beigetragen haben. Die Fortschritte, Stellungnahmen und Informationen zum weiteren Procedere wurden zudem im Internet veröffentlicht werden, so dass interessierte Bürger/innen über die Folgen des Bürgerforums und der eingegangenen Ideen informiert werden konnten.

Rücklauf der Antworten

Die Bearbeitung der Antworten erfolgte sehr schleppend. Oft musste nachgefragt und erinnert werden, wobei deutlich wurde, dass die Verwaltung auf derartige größere Aktionen wie das Bürgerforum weder personell noch von ihrer inneren Einstellung konstruktiv eingerichtet ist. Erst Ende April 2008 waren von allen betroffenen Ressorts Rückmeldungen gekommen, teilweise allerdings lückenhaft. Nahezu alle Verwaltungsbereiche hatten in der ersten Welle nicht alle Ideen berücksichtigt, so dass sie sich auf erneutes Nachfragen und Bitten seitens der Bürgerstiftung wieder mit den Überlegungen aus dem Bürgerforum befassen mussten. Die Qualität der Beantwortung ließ teilweise auch den Eindruck entstehen, dass die Ressortspitzen diese Antworten nicht zur Kenntnis bekommen hatten. Deswegen wurden die Staatsräte/Staatsrätinnen noch einmal gebeten, sich die bisherigen und noch ausstehenden Antworten genau anzusehen. An den bis dato eingegangenen Antworten wurden jedoch keine Änderungen vorgenommen. Die zweite Welle von Antworten konnte erst Ende Juni 2008 zum Abschluss gebracht werden, teilweise in telefonischem Kontakt, weil schriftliche Antworten wieder auf sich warten ließen.

Während der Bearbeitungszeit hat dankenswerterweise der Schirmherr des Bürgerforums, Bürgerschaftspräsident Christian Weber, weiter das Projekt begleitet. Einmal hat er alle Preisträger/innen zu einem Gespräch eingeladen und hat mit ihnen den weiteren Verlauf einer möglichen Realisierung besprochen und sie dazu ermutigt. Des Weiteren hat er die Einsender/innen der Vorschläge 50 und 290 sowie Vertreter/innen der Senatorinnen für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie für Bildung und Wissenschaft eingeladen. Bei diesem Gespräch wurden konkrete Schritte für eine Realisierung der Vorschläge besprochen und vereinbart.

Bewertung der Stellungnahmen

Obwohl sich in den schriftlich verfassten Antworten größtenteils verbal eine eindeutig positive Einstellung zu dieser Form der Bürgerbeteiligung erkennen lässt, muss dieser Umstand durch die lang andauernde und unzureichende Rückmeldung relativiert werden. Erst nach mehrmaligem Nachfragen und intensivem Bemühen von Seiten der Bürgerstiftung gelang es, für jeden Vorschlag zumindest eine allgemeine Reaktion zu erhalten. Der Umgang mit Bürgerbeteiligung in dieser Form fiel im Übrigen von Ressort zu Ressort recht unterschiedlich aus. Durchweg einfülsam und gründlich war die Resonanz der Verwaltungsbereiche Bau und Arbeit. Die Senatorin für Finanzen hat sogar für die Beantwortung der eingereichten Ideen einen eigenen Bewertungsbogen entwickelt, um die Vorschläge in den verwaltungsinternen Diskussionen gebührend aufgreifen zu können. Auch die Bereiche Inneres und Sport sowie Bildung und Wissenschaft gingen aufmerksam auf die Ideen ein. Das Ressort Kultur war in den schriftlichen Antworten eher sparsam, bei den nachträglichen Gesprächen dagegen entgegenkommend. Das Ressort Wirtschaft und Häfen hat nur sehr allgemeine Antworten formuliert. Lediglich drei kurze Texte wurden für insgesamt 31 Vorschläge verfasst.

Um ein Bild der Stellungnahmen der Verwaltungsbereiche herzustellen, wurden die Antworten in fünf Kategorien eingeteilt. Dabei wurde versucht, die Grundtendenzen in den Antworten zu erfassen. Einzelne zustimmende oder ablehnende Teile können dabei unberücksichtigt geblieben sein.

Anmerkungen zu einzelnen Vorschlägen/Verwaltungsstellungennahmen:

Beginnen wir mit den von der Jury lobend hervorgehobenen Projekten

Zu allen äußern sich die Ressorts zustimmend, wenigstens grundsätzlich. Das Projekt zu Nr. 51 (Betreuung von Grundschulkindern in Arsten) befindet sich in der Vorbereitung. Die Einsenderin ist daran beteiligt. Das Projekt zu Nr. 247 (Fahr- und Anrufservice für Senioren) bereiten Sozialverwaltung und der Einsender Bürgerhaus Weserterrassen vor. Der Vorschlag 215 (Einrichtung eines Internet-Forums zum Thema Verkehr) beurteilt die Bauverwaltung grundsätzlich positiv, verweist auf ihre Offenheit für solche Vorschläge, bezweifelt aber den Nutzen eines ständigen Forums im Internet. Der Vorschlag 290 (Projekteria, Betreuung und Verpflegung von Grundschulkindern) ist bereits als ein Projekt mit kommerziellen Anteilen in einer Schule verwirklicht. Die Schulverwaltung begrüßt den Vorschlag und überlegt Möglichkeiten der Ausweitung.

Der Vorschlag Nr.39 (ähnliche Richtung 40, 61, 153 und 177) zielt in Richtung Bürgerbeteiligung, Bürgerbefragungen usw. zB bei Großprojekten oder beim Haushalt. Interessant sind hier die sehr unterschiedlichen Meinungen der Ressorts:

Finanzen bleibt skeptisch, sieht Vor- und Nachteile z.B. wegen des Aufwands und verweist beim Finanzreferendum auf die Vorfahrt der Politik. Stimmungsbilder hält Finanzen bei Großprojekten durchaus für sinnvoll, wenn strukturierende Regeln (der Politik) für so etwas vorliegen. Wirtschaft und Häfen hält zumindest bei Wirtschaftsprojekten von Bürgerbeteiligung gar nichts, meint sogar, dass das repräsentative System von Demokratie so etwas ausschließe. Soziales beurteilt Bürgerbefragungen grundsätzlich positiv, setzt aber voraus, dass zuvor sicher gestellt wird, dass nicht falsche Erwartungen zur Verbindlichkeit geweckt werden. Bau sieht es ähnlich, bei Bürgerbefragungen sieht es Vorteile zB bei kleinräumigen Planungen, pocht letztlich aber auch auf die Priorität der planenden (behördlichen) Expertenschaft. Inneres bleibt zurückhaltend und bedenklich und meint, dass eigentlich die bestehenden Regelungen zB zum Bürgerantrag und zu Volksbegehren ausreichen (Welche enormen, allein quantitativen Hürden dabei zu überwinden sind, wird nicht erörtert).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Sympathie für Bürgerbeteiligung durch Befragungen, Gutachten usw. sich sehr in Grenzen hält. Wer also bei seinen Erwartungen auf die Verwaltung setzt, der muss sich auf einen langen Atem einstellen. Bei Lichte besehen muss man auch feststellen, dass mehrere Senatsbeschlüsse und ein Beschluss der Bürgerschaft mit Tendenzen in Richtung von mehr Bürgerbeteiligung (Senat vom 23.3.2004 und 16.5.2006 sowie Bremische Bürgerschaft vom 13.5.2005) in der Verwaltung noch nicht angekommen sind.

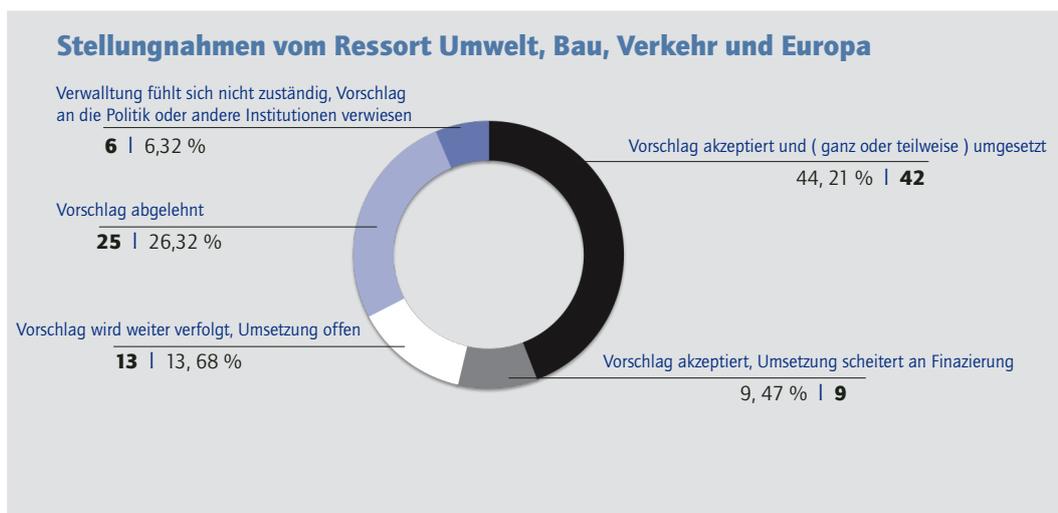
Anmerkungen zu den Stellungnahmen der Ressorts

Umwelt, Bau, Verkehr und Europa:

Etwa ein Drittel (95) aller Stellungnahmen kommen aus diesem Ressort, 42 verzeichnen Zustimmung und zumindest teilweise Umsetzung wie z.B.

- Überführung des Rhododendronparks in eine private Stiftung (Nr.43)
- Benutzung von Radwegen in beide Richtungen, wenn der Platz ausreicht (Nr.29)
- Anbringung von Hundemüllkörben(Nr.54)
- Nachtschaltung von Ampeln am Osterfeuerberger Ring (Nr.75)
- Kulturhinweise auf den Autobahnen (Nr.127)
- Bürgerbefragungen zu unnützen Verkehrsschildern (Nr.174)

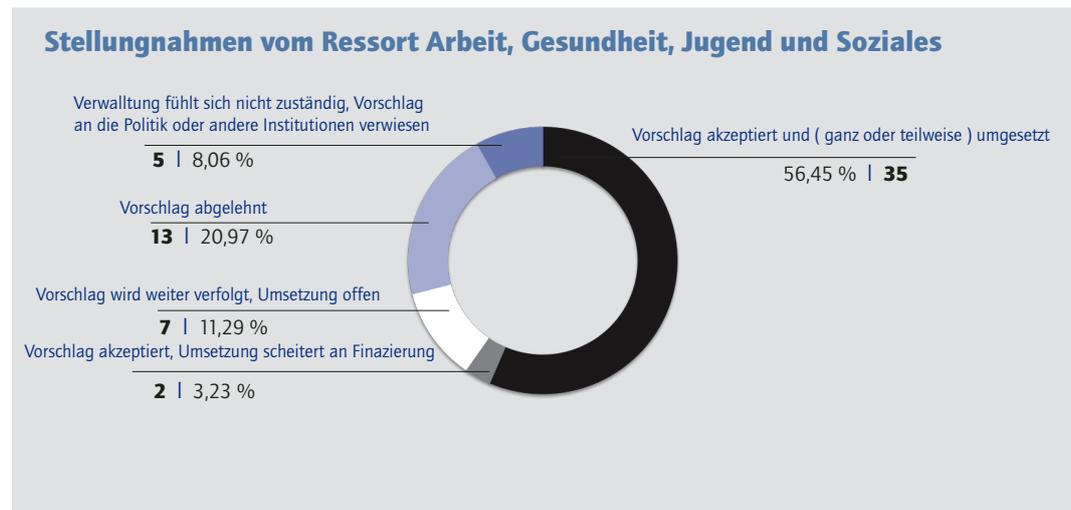
Sehr skeptisch reagiert das Ressort auf den Vorschlag, Freiwillige wie Schulklassen bei der Pflege des Rhododendronparks zu beteiligen (Nr.105), weil so etwas ohne Fachverstand nicht zuträglich sei. Hier zeigt sich, dass sich Fachleute schwer tun in der Erkenntnis, dass Freiwilligenarbeit etwas Anderes ist und Fachleistungen durchaus ergänzen und bereichern kann, wie sich insbesondere bei sozialen Einrichtungen zeigt.



Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales:

Das Ressort verantwortet 62 Stellungnahmen, nur 13 davon sind ablehnend oder das Ressort fühlt sich nicht zuständig. In der Umsetzung, ganz oder teilweise, befinden sich zum Beispiel:

- verlässliche Kindertagesbetreuung nicht nur für über 3-jährige (Nr.15)
- regionale Runde Tische für Fragen der Jugendarbeit (Nr.30)
- Kinderbetreuung in der Innenstadt (Nr.41)
- Wiedereröffnung der Kita Andernach Straße (Nr.110)
- Bessere Kooperation städtische Kliniken mit der Universität (Nr.126)
- Mitternachts-Shopping in der Innenstadt (Nr.229)



Finanzen:

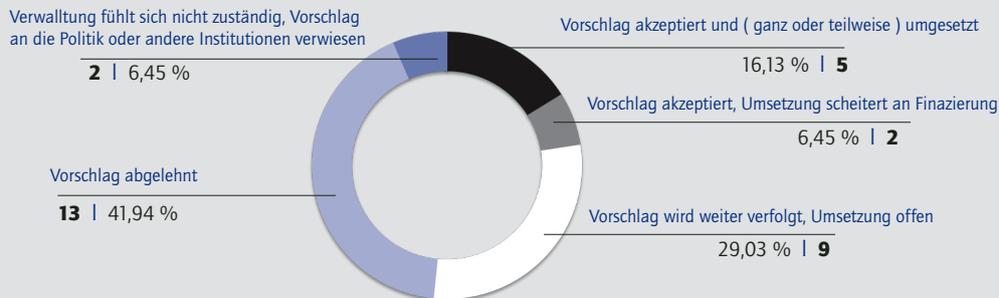
Weil es ua um Zukunftsfragen Bremens ging, war die Senatorin für Finanzen mit 31 Stellungnahmen stark beteiligt. Relativ viele Vorschläge wurden ablehnend votiert,

- dass Bremen ein selbstständiger Staat der EU werde (Nr.20; der Einsender hatte das als konstruktive Provokation gemeint)
- Bremen als bayerische Enklave (Nr.161; auch eher provozierend gemeint).
- Bremen soll Drohgebärden gegenüber dem Bund und den Ländern einnehmen, um sie an den Verhandlungstisch zu zwingen (Nr.35)
- Einsetzung eines Sparkommissars des Bundes (Nr.36)
- Amts- und Mandatsträger nach Erfolg besolden (Nr.36)

Zugestimmt wird dagegen den Vorschlägen

- für eine engere Kooperation von Behörden mit der Universität Nr.122)
- für mehr Synergien im „Konzern Bremen“ (Nr.184)

Stellungnahmen vom Ressort Finanzen



Bildung und Wissenschaft

18 seiner 25 Stellungnahmen betreffen die Kategorie 1 wie zB

- die Elternverein stärker in den Schulalltag integrieren (Nr.1)
- Schulen sollen soziale Unternehmen werden (Nr.25)
- Mehr Betreuung für Grundschulkindern (Nr.52)
- Mittagessenangebote für Schulkinder (Nr.108), auch wenn das nicht für alle Schulen für möglich und nötig gehalten wird.

Stellungnahmen vom Ressort Bildung und Wissenschaft

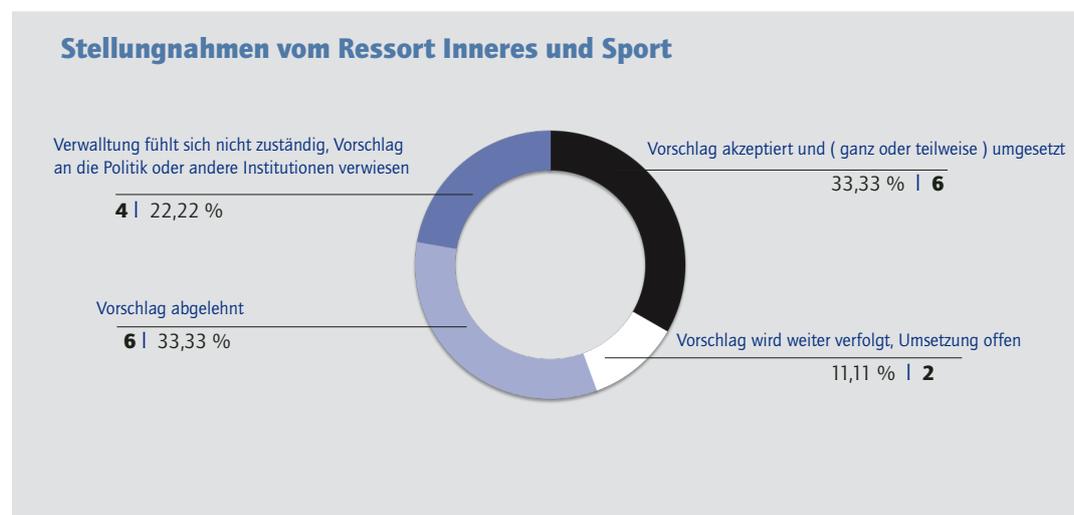


Inneres und Sport

8 der insgesamt 18 Stellungnahmen betreffen die Kategorien 1 und 3, zB, wobei parallele Schübe aus dem politischen Bereich wirksam werden

- Modernisierung des Bremer Wahlrechts (Nr.6)
- Mehr Lebensqualität durch mehr innere Sicherheit (Nr.86)
- Einrichtung eines Bürger Service Zentrums (Nr.241)
- Herabsetzung der Quoren für Bürgeranträge und Volksbegehren (Nr.265)

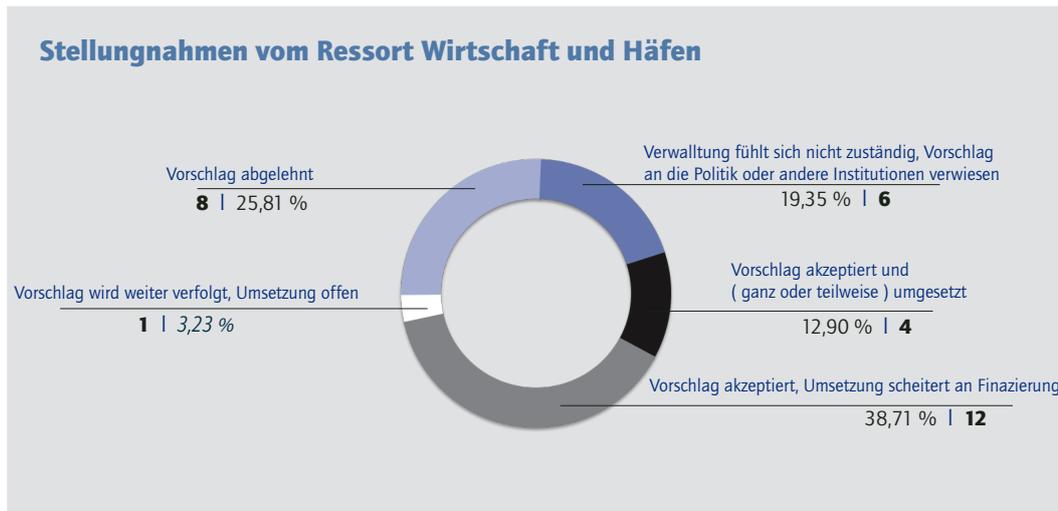
Abgelehnt wird dagegen z.B. der Vorschlag Nr.244, in dem die Abbildung des Wahlergebnisses unter Berücksichtigung der (vielen) Nichtwähler angeregt wird. Von der Skepsis des Ressorts gegenüber Formen unmittelbarer Demokratie war zuvor bereits die Rede.



Wirtschaft und Häfen:

Relativ wenig Gegenliebe finden insgesamt die Vorschläge, die dieses Ressort berühren. Nur 4 von 31 Projektideen befinden sich in der Umsetzung wie zB

- das Bemühen um eine wirtschaftsfreundliche Politik (Nr.61; der Vorschlag enthält allerdings auch Anteile, die das Ressort nicht unterstützt)
- verschiedene Tourismusprojekte (Nr.90)
- Mitternachts-Shopping in der Innenstadt (Nr.229)



Kultur:

Dieses Ressort war von relativ wenigen Vorschlägen (12) berührt. Bei folgenden Ideen stimmt das Ressort zu und verweist auf Umsetzungen, zumindest in Teilen:

- Einrichtung und Ausbau einer Kultur- und Freizeitanlage in Woltmershausen (Nr.12)
- Mehr kleine, als große Kulturprojekte (Nr.22)
- Erschwingliche Freizeitangebote für wirtschaftlich Schwache (Nr.33)
- Mehr Kulturtage auf dem Marktplatz (Nr.109)



Bremische Bürgerschaft

8 Ideen fallen in die Zuständigkeit der Bremischen Bürgerschaft einschließlich ihrer Verwaltung. In 5 Fällen konnte durch Telefongespräche mit der Verwaltung eine Antwort vermerkt werden, z.B. zustimmend

- Mitarbeit von Politikern in der Wirtschaft (Nr.13) mit Hinweis auf die Struktur des Teilzeit-Parlaments in Bremen und die Tatsache, dass sehr viele Abgeordnete in ihren bisherigen Berufen weiter tätig sind
- Öffentlichkeit von Sitzungen der Deputationen (Nr.53), seit Beginn dieser Legislaturperiode verwirklicht

Ablehnend

- Nutzung des Foyers des Hauses der Bürgerschaft - gemeint sind wohl die ehemaligen Räume der Bibliothek - als Cafe (Nr.5). Die Räume werden vom Europa.Punkt.Bremen genutzt, so dass eine anderweitige Nutzung nicht in Betracht kommt. Sollte der/die Ideengeber/in tatsächlich das Foyer - nämlich die Eingangshalle des Hauses der Bürgerschaft - meinen, so darf darauf hingewiesen werden, dass diese wegen der baulichen Besonderheiten des Hauses - z.B. Öffnung bis zum Festsaal im 2. Obergeschoss - für eine „Fremdnutzung“ nicht geeignet sind.
- Verteilung von Fraktionsmitteln auf die Abgeordneten (Nr. 21) ist nach der in der Landesverfassung garantierten Stellung der Fraktionen und ihrer Bedeutung für die Parlamentsarbeit nicht möglich und auch parlamentarisch nicht zweckmäßig.

3 Ideen bedürfen einer Erörterung in den einzelnen Fraktionen: Nr.106 mit allein 27 Vorschlägen, wie politisches Handeln sinnvoller ausfallen könnte, Nr.209 zur Qualitätssicherung von Abgeordneten und Nr.251 zur Haftung von Abgeordneten. Antworten stehen noch aus und sollen veröffentlicht werden, sobald sie vorliegen.

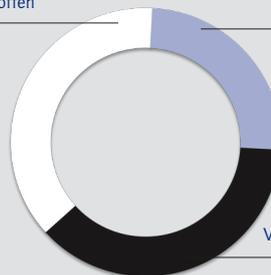
Stellungnahmen vom Ressort Bürgerschaft/Parlament

Vorschlag wird weiter verfolgt, Umsetzung offen

3 | 37,5 %

Vorschlag abgelehnt

25 % | 2



Vorschlag akzeptiert und (ganz oder teilweise) umgesetzt

37,5 % | 3

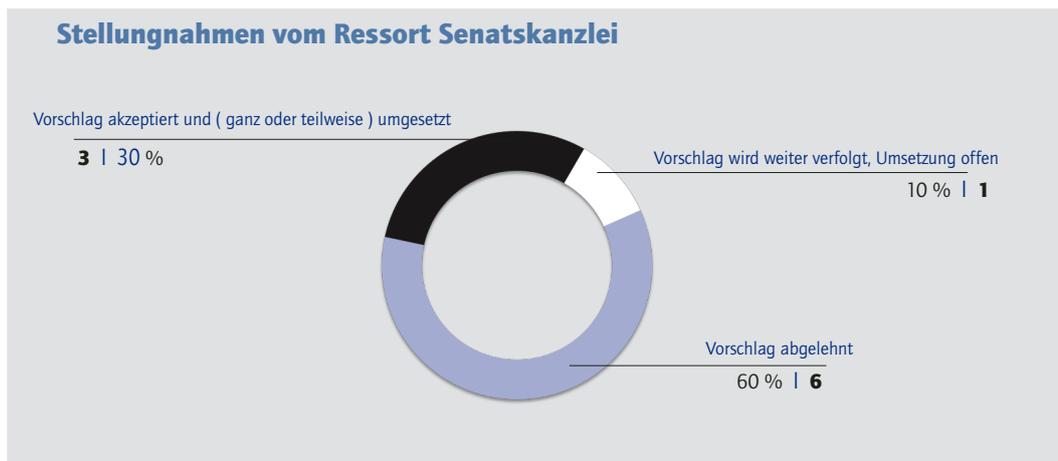
Senatskanzlei:

10 Stellungnahmen zu Vorschlägen kamen aus der Senatskanzlei, zustimmend und mit Hinweisen auf zumindest teilweise Umsetzung

- Einführung von Verfallsdaten bei Ortsgesetzen (Nr.97)
- Verbesserung der Kooperation von Beiräten und Bürger/innen im Stadtteil (Nr.203) mit Hinweis auf die laufende Debatte um ein neues Beirätegesetz
- Einrichtung von Bürgerhaushalten nach dem Vorbild von sog BID's nach dem Ortsgesetz zur Stärkung von Einzelhandel und Dienstleistungszentren (Nr.278); Hinweis auf das laufende Verfahren um ein neues Beirätegesetz

Abgelehnt wurden dagegen Ideen

- für eine neue Senatsmedaille für Freiwilligenarbeit (Nr.47) mit Hinweis auf verschiedene bereits vorhandene Formen der Ehrung von Freiwilligen für
- einen jährlichen Qualitätsbericht über die Leistungen der Mitglieder des Senats u.a. mit Hinweis auf die Zuständigkeit des Parlaments (Nr.230)



Senator für Justiz und Verfassung

Das Ressort war nur mit einer Stellungnahme beteiligt : Die Idee Nr.272, die Eingangskontrollen im Landgerichtsgebäude auf einen Pförtner zu reduzieren, wurde abgelehnt.

Abschließende Bemerkungen und Ausblick

Denkt man an gut 400.000 wahlberechtigte Bremerinnen und Bremer in der Stadt Bremen, von denen rund 235.000 bei der letzten Bürgerschaftswahl von ihrem Wahlrecht auch Gebrauch gemacht haben, so sind natürlich gut 9300 Besuche im Internet mit knapp 300 Vorschlägen eher ernüchternd.

Die BIAB-Initiatoren/-innen haben das Bürgerforum bewusst als einen ersten Versuch gestartet, weil sie der Überzeugung waren und sind, dass eine gute Entwicklung unserer Stadt, geschweige ihre Sanierung mehr bedarf, als alle 4 Jahre eine Bürgerschaft zu wählen und eine repräsentative Stadtteildemokratie in Gestalt von Stadtteilbeiräten mit sehr begrenzten Gestaltungsrechten zu haben. Es ging also darum, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentativität in einem guten Beispiel darzustellen, dass es sich lohnt, sich in die Entwicklung der Stadt einzumischen und Vorschläge zu machen, wie das im Einzelnen aussehen sollte. Dieses Ziel ist erreicht worden, denkt man an die ganz überwiegend positiven Reaktionen der Verwaltung und vor allem an den hohen Stand der Umsetzung, bereits ins Werk gesetzt oder auf gutem Wege. So gesehen war es ein erfolgreiches Projekt.

Und deshalb sollte das Projekt Bürgerforum Schule machen in der lokalen Politik und der Verwaltung. Dazu noch einige Anmerkungen und Anregungen:

- Die Verwaltung hat sich in ihrer Beteiligung an dem Bürgerforum schwer getan, denkt man an die überwiegend zögerliche und lange dauernde Beantwortung der Anregungen. Das hat gewiss etwas mit den erheblichen Personalkürzungen bei nicht geringeren Aufgaben der Verwaltung zu tun. Aber auch für die „guten alten Zeiten“ darf man behaupten: Die Beantwortung von Bürgeranliegen hat für die Verwaltung keine Priorität. Das haben selbst Nachfragen bei einzelnen von den Senatsbehörden eingesetzten „Ansprechpartnern für die Bürger“ gezeigt, von denen man schonungslos hören konnte, dass man eigentlich Wichtigeres zu tun habe. Denkt man an die Schirmherrschaft des Bürgerschaftspräsidenten und an die ausdrückliche Bitte des Präsidenten des Senats an die Senatsmitglieder, um eine sorgfältige Beantwortung der Anregungen aus dem Bürgerforum bemüht zu sein, stimmt das nicht nur nachdenklich. Wie mag es Bürgern/-innen gehen, die sich mit ihren Anliegen an die Verwaltung ganz allein auf den Weg machen ?

Daraus erwächst die Forderung, das System der „Ansprechpartner/-innen für die Bürger“ ganz wesentlich zu qualifizieren. An diese Stelle gehören einfühlsame Fachleute, die sich im Allgemeinen in den Aufgaben ihrer Ressorts auskennen und die auch verantwortungsvoll und selbstbewusst Auskunft und Antwort geben können. Zu vermissen ist nach wie vor, dass Eingaben von Bürgern/innen in der Regel nicht mit einer Eingangsnachricht und einem Hinweis versehen werden, wann etwa und vom wem eine Antwort zu erwarten sei.

- Bürgerbeteiligung lohnt sich, weil Bürger-/innen gute Ideen haben, durchaus auch solche, die die Verwaltung nicht hat. Das muss sich aber erst noch herumsprechen in der Bremischen Verwaltung. Es gibt eine Reihe guter Beispiele wie seit Langem der Sozialsenatorin ZB im Jugendbereich und zuletzt die Runden Tische der Bildungssenatorin zur Schulstruktur oder des Bausenators zur Perspektive Bremen 2020. Die unterschiedlichen Stellungnahmen der Ressorts zu den Vorschlägen nach Bürgerbeteiligung bei Großprojekten (39, 61, 153 und 177 , von nicht nötig bis volle Unterstützung) zeigen, dass Bürgerbeteiligung als wesentliches Element von Verwaltung aus der bisherigen Beliebigkeit vor die Klammer gezogen werden muss und zwar mehr als beschlussmäßig und verbal, sondern machtvoll und entschieden. Daraus ergibt sich eine Aufgabe für den Präsidenten des Senats und auch für den neuen Bürgerschaftsausschuss für Bürgerbeteiligung und Stadtteilbeiräte.
- Es hat sich gezeigt, dass das Internet ein wichtiges, aber nicht hinreichendes Mittel für die Belebung der unmittelbaren Demokratie ist. Das Internet ist ein Suchmedium. Und gesucht wird nur von Menschen, die etwas finden wollen, die also zuvor und unabhängig vom Internet bereits ein Motiv zum Suchen haben. Solche Motive sind in erster Linie außerhalb des Internets in Gang zu setzen. Dazu gehört bei einer Wiederholung eines Bürgerforums eine wesentlich stärkere Werbung z.B. durch Plakate, Zeitungsartikel und Direktansprachen z.B. auch über Mailingaktionen. In Bezug auf das Internet gehört dazu, dass die Verwaltung systematisch Bürgerbeteiligung im Programm hat und zB im Stadtportal WWW.BREMEN.DE entsprechende leicht zugängliche Werkzeuge (tools) für Bürgerbeteiligung bereit hält.

Dank am Schluss

Zum Schluss ist allen zu danken, die sich am Bürgerforum mit Vorschlägen beteiligt haben. Wir schätzen ihre Beiträge als Pionierleistungen für mehr unmittelbare Demokratie in Bremen. Wir danken Frau Elke Elfert und Dr.Christian Schrenk aus der Senatskanzlei für die mühevollen Zuordnung und Begleitung der Vorschläge durch die Verwaltung. Dank gilt den Mitarbeitern/-innen in der Verwaltung, die mit Engagement die Vorschläge aus dem Bürgerforum beantwortet haben.

Ein besonders herzlicher Dank gilt den vielen ehrenamtlich Tätigen aus dem Kreise der BIAB und darüber hinaus für das Engagement und die viele Arbeit, die sie in das Projekt gesteckt haben. Wir danken den Jury-Mitgliedern für das mühevollen Durcharbeiten aller Vorschläge und für ihre Bewertungen. Der Arbeitnehmerkammer, dort Frau Anita Stöhr und Herrn Torsten Sniegs, dem Senator für Finanzen, dort Frau Christine Tigges, Herrn Senatsdirektor a.D. Heino Heinken und der Bremen Online GmbH gebührt Dank für die Beratung bei der Entwicklung des Internetauftritts. Der Werbeagentur Jung und Pfeffer danken wir für die Entwicklung der Werbematerialien für das Bürgerforum. Dem Weser-Kurier, dort besonders Herrn Peter Voith, danken wir für die große Unterstützung bei der Verbreitung des Bürgerforums und seine Mitarbeit in der Jury.

Und last but not least danken wir den Herren Lutz Wysocki, Jens Krüger, Stephan Philipp und Herrn Nadir Gül, die nacheinander aus der Geschäftsstelle der Bürgerstiftung heraus für die Kärnerarbeit, das Bürgerforum in Gang zu bringen, zu halten und seine Ergebnisse auszuwerten.

Bremen, den 15.08.2008



Dr. Peter Beier
(Arbeitnehmerkammer Bremen)



Dr. Hans-Christoph Hoppensack
(Bürgerstiftung Bremen)

Anlage

Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt

Die BIAB wurde Ende 2003 als Arbeitsgemeinschaft von einer Reihe von Organisationen und Behörden, zu deren Anliegen (auch) die Entwicklung zu einer Bürgerstadt gehört, ins Leben gerufen. In dem Statut der BIAB heißt es:

Ziele der BIAB

BIAB ist eine Arbeitsgemeinschaft von Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen (Verbänden, Vereinen usw.) und Institutionen (Körperschaften, Behörden usw.), welche die Idee der Aktiven Bürgerstadt in Bremen unterstützen und voranbringen wollen. Aktive Bürgerstadt meint eine Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger das sichere Gefühl haben können, dass sie für Politik und Verwaltung tatsächlich im Mittelpunkt stehen, weil man sich ernsthaft und erkennbar mit ihren Anliegen auseinandersetzt

- sie vielfältige Chancen erhalten, sich wirksam an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen
- dass ihnen Verantwortung übertragen wird für Dinge, die sie selbst entscheiden und organisieren wollen und können
- dass sie bei alledem von der Stadt und anderen Institutionen nachhaltig und aktiv unterstützt werden und dass ihr Engagement auch öffentlich anerkannt wird

BIAB hat folgende Aufgaben

- Informations- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf Ideen, Planungen, Projekte der einzelnen Beteiligten zur aktiven Bürgerstadt sowie deren Verbreitung
- Entwicklung und Verabredung gemeinsamer Projekte, Veranstaltungen usw.
- Bereitstellung von Hilfsmitteln zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- Lobby für die Idee der Bürgerstadt Bremen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement bei allen Entscheidungen, die das städtische Gemeinwohl betreffen.
- Partner für Politik und Verwaltung, soweit deren Handeln auf dem Weg zur Bürgerstadt gefragt ist.

BIAB hat eine offene Beteiligungsstruktur. Jede beteiligte Organisation/Institution behält ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Die Arbeitnehmerkammer Bremen vertreten durch Dr. Peter Beier und die Bürgerstiftung Bremen vertreten durch Dr. Hans-Christoph Hoppensack übernehmen bis auf Weiteres gemeinsam die Geschäftsführung für die BIAB.

Beteiligte Organisationen und Institutionen: Arbeitnehmerkammer, Bremer Frauenausschuss, Bürgerstiftung, DGB Region Bremen-Bremerhaven, DRK Kreisverband Bremen, Freiwilligenagentur Bremen, ifib - Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH an der Universität Bremen, Landessportbund Bremen, Netzwerk Selbsthilfe, DPWV Bremen, Projektgruppe Tenever, Mitarbeiter/innen beim Senator für Arbeit Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Senator für Finanzen, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Stadtbibliothek, Verband Bremer Bürgervereine, Volkshochschule, ZGF, Mehr Demokratie e.V. Bremen.

Bürgerstiftung Bremen
Marcusallee 39
28359 Bremen

Telefon +49 421 2434-104
Fax +49 421 2434-189
www.buergerstiftung-bremen.de
buergerstiftung-bremen@bremer-heimstiftung.de

Bankverbindung
Sparkasse Bremen
BLZ 290 50 101
Konto-Nr. 71-609-10768

... engagiert für unsere Stadt